
Zürcher Studien zum Verfahrensrecht

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich
von I. Meier, A. Donatsch und B. Weber-Dürler

Gunhild Godenzi

Private Beweisbeschaffung im Strafprozess

Eine Studie zu strafprozessualen
Beweisverboten im schweizerischen
und deutschen Recht

Schulthess § 2008

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXIII
Materialienverzeichnis	LIX
Abkürzungsverzeichnis	LXIII
Einleitung: Gegenstand und Gang der Untersuchung	1
§ 1 Einführung in die Problemstellung	1
I. Die Ausgangslage: Privatisierung der Strafuntersuchung	1
II. Die Zielsetzung: Erarbeitung dogmatischer Grundlagen der Beweisverbote bei privaten Beweisbeschaffungen durch den Geschädigten	3
§ 2 Vorgehensweise	4
I. Rechtsvergleich zwischen der Schweiz und Deutschland	4
II. Gang der Untersuchung	6
1. Erster Teil	7
2. Zweiter Teil	8
3. Dritter Teil	10
Erster Teil: Privatermittlungen des Geschädigten und seiner Beauftragten	13
1. Kapitel: Forensic Services – eine Bestandsaufnahme	15
§ 1 Straftatermittlungen durch Beratungs- und Revisionsgesellschaften	15
I. Einführung	15
II. Aufgabenbereiche der Forensic Services	18
III. Die Forensische Untersuchung	19
1. Ein Beispiel aus der Praxis	19
2. Zum Begriff der „Forensischen Untersuchung“	20
3. Ablauf der Forensischen Untersuchung	21
a) Anhörung des Auftraggebers	22
b) Festlegung des Auftrags	22
c) Innerbetriebliche Untersuchung	23
d) Ermittlungsabschluss	25

e) Erstellung von Strafanzeigen und sonstige „Nachsorge“	25
§ 2 Forensic Services und Revision: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	27
I. Aufdeckungs- und Aufklärungspflichten.....	27
II. Abgrenzung zur Internen Revision	28
1. Die Interne Revision als Instrument der Unternehmensführung	28
2. Aufgabenbereiche der Internen Revision	30
3. Aufdeckungs- und Aufklärungspflicht der Internen Revision.....	31
4. Die Interne Revision als Hinweisgeber der Forensic Services	32
5. Ergebnis der Abgrenzung	33
III. Abgrenzung zur Externen Revision.....	33
1. Prüfungsaufgaben der Externen Revision	33
2. Auftraggeber und Prüfungsumfang	34
3. Aufdeckungs- und Aufklärungspflicht der Externen Revision	34
4. Ergebnis der Abgrenzung	36
IV. Kompetenzvorteile der Forensic Services	36
1. Erfordernis von Spezialkompetenzen bei der Straftataufklärung	37
2. Prüfungsansatz von Revision und Forensic Services	38
3. Ergebnis	39
§ 3 Strategische Erwägungen des Geschädigten.....	40
I. Vorteile gegenüber staatlicher Strafverfolgung	40
1. Diskretion	40
2. Minimierung des Ermittlungszeitraums	41
II. Nachteile gegenüber staatlicher Strafverfolgung.....	42
1. Kostenintensität	42
2. Fehlende Zwangsbefugnisse.....	42
III. Auswirkungen für den Verdächtigen.....	43
§ 4 Kooperation mit den Strafverfolgungsorganen	43
I. Beachtlichkeit der Weisungen des Auftraggebers	44
II. Gutachtertätigkeiten im Strafverfahren	45
2. Kapitel: Die Rechtstellung des verdächtigen Arbeitnehmers.....	46
§ 1 Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen in der Schweiz	47
I. Fristlose Tat- oder Verdachtskündigung durch den Arbeitgeber.....	47
1. Allgemeine Voraussetzungen der fristlosen Kündigung	47
2. Fristlose Tatkündigung	48
3. Fristlose Verdachtskündigung	49
a) Überblick über den Meinungsstand	49
b) Priorität milderer Massnahmen in der Praxis	51

II.	Zum Entlassungsgrund der „treuwidrigen Behinderung der Verdachtsaufklärung“	52
1.	Präzisionsdefizite in Rechtsprechung und Lehre	52
a)	Die Haltung der Rechtsprechung	52
b)	Überblick über den Meinungsstand im Schrifttum	53
2.	Unzulässigkeit einer „Ermittlungssabotage“	54
3.	Aktive Mitwirkungspflichten des verdächtigen Arbeitnehmers bei der Aufklärung?	55
a)	Das überwiegende Interesse der Selbstbelastungsfreiheit	56
b)	Unzulässige Beweislastumkehr bei Annahme einer Mitwirkungspflicht	57
4.	Ergebnis: Gefahr der Selbstbelastung als Schranke der allgemeinen Treuepflicht	58
§ 2	Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen in Deutschland	58
I.	Fristlose Tat- oder Verdachtskündigung durch den Arbeitgeber	58
1.	Allgemeine Voraussetzungen der fristlosen Kündigung	58
2.	Fristlose Tatündigung	59
3.	Fristlose Verdachtskündigung	60
II.	Ordentliche Tat- oder Verdachtskündigung durch den Arbeitgeber	62
III.	Reichweite arbeitsrechtlicher Nebenpflichten	63
1.	Die Nebenpflicht auf Rücksichtnahme	63
2.	Gefahr der Selbstbelastung als Schranke arbeitsrechtlicher Nebenpflichten	65
§ 3	Nichtbeeinträchtigung des Grundsatzes der Selbstbelastungsfreiheit im Strafverfahren	67
I.	Faktische Mitwirkungspflicht des verdächtigen Arbeitnehmers	67
II.	Rechtliche Mitwirkungsfreiheit des verdächtigen Arbeitnehmers	68
3. Kapitel:	Die Ermittlungsbefugnis des Geschädigten	70
§ 1	Anzeigerecht und Anzeigepflicht des Geschädigten	71
I.	Strafprozessuale Anzeigepflichten	71
II.	Strafrechtliche Anzeigepflichten	72
III.	Fazit	73
§ 2	Das Privatermittlungsrecht des Geschädigten im Strafprozess	74
I.	Das Privatermittlungsrecht als „Beschuldigtenrecht“	74
II.	Meinungsstand zum Privatermittlungsrecht des Geschädigten	74
III.	Vereinbarkeit privater Straftatermittlungen mit strafprozessualen Verfahrensmaximen	76
1.	Objektivitätsgrundsatz versus Privatermittlungen	76

a)	Fehlende Bindungswirkung gegenüber Privaten	76
b)	Zur Gefahr der „Verschmutzung“ staatlicher Erkenntnisquellen	78
2.	Offizialprinzip versus Privatermittlungen	79
a)	Das Privatstrafklageverfahren als Ausnahme vom Offizialprinzip	80
b)	Die Antragsdelikte als rechtliche Relativierung des Offizialprinzips	80
3.	Ergebnis	81
IV.	Ausgrenzung untauglicher Legitimationsversuche	82
1.	Durchbrechungen des Offizialprinzips	82
2.	Privatermittlungen als Zeugenpflicht	83
3.	Gleichstellung von Angeschuldigten- und Geschädigtenrechten	83
V.	Verfassungsrechtliche Legitimation in Deutschland: Das „allgemeine Persönlichkeitsrecht“ als Grundlage eines Privatermittlungsrechts?	86
1.	Der Rechtsbeistandsbeschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 38, 105)	86
2.	Die Unmassgeblichkeit des Rechtsbeistandsbeschlusses für private Ermittlungen	87
a)	Fehlender obrigkeitlicher Zugriff	87
b)	Inkongruenz von Privatermittlungsrecht und Recht auf Rechtsbeistand	88
c)	Ergebnis	89
3.	Schutzgehalt und Wirkungsrichtung des verfassungsrechtlichen „allgemeinen Persönlichkeitsrechts“	89
a)	Die allgemeine Handlungsfreiheit	90
b)	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	91
c)	Abgrenzung von allgemeiner Handlungsfreiheit und allgemeinem Persönlichkeitsrecht	93
d)	Die allgemeine Handlungsfreiheit als Auffanggrundrecht für private Ermittlungen	94
4.	Ergebnis	95
VI.	Verfassungsrechtliche Legitimation in der Schweiz	95
1.	Private Ermittlungen als Bestandteil der „persönlichen Freiheit“?	95
a)	Der Gewährleistungsinhalt des Art. 10 Abs. 2 BV	96
b)	Abgrenzung zur allgemeinen Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG	97
aa)	Die Rechtsprechung des Bundesgerichts	97
bb)	Die Haltung der Literatur	98
c)	Bundesgerichtliche Kasuistik zum Schutzbereich der persönlichen Freiheit	99
d)	Private Ermittlungen als „elementare Erscheinung der Persönlichkeitsentfaltung“?	100

2.	Das Fehlen eines Ermittlungsverbots als Indiz für ein Ermittlungsrecht des Geschädigten.....	101
a)	Die Lückenhaftigkeit des Grundrechtsschutzes	102
b)	Die Freiheit des Einzelnen als Prinzip des liberalen Rechtsstaats.....	102
c)	Ergebnis	105
VII.	Einfachgesetzliche Legitimation eines Privatermittlungsrechts	105
1.	Verknüpfungen der Teilrechtsordnungen des Zivil- und Strafrechts	106
a)	Mitberücksichtigung der zivilrechtlichen Interessenlage im Strafverfahren	106
b)	Ansprüche aus unerlaubter Handlung infolge der Straftat.....	106
c)	Massgeblichkeit der Verhandlungsmaxime vor dem Zivilgericht.....	108
d)	Massgeblichkeit der Verhandlungsmaxime bei Geltendmachung der Zivilforderungen im strafprozessualen Adhäsionsverfahren.....	109
aa)	Schweiz.....	109
bb)	Deutschland	110
2.	Legitimierung strafrechtlicher Ermittlungen durch das Erfordernis zivilrechtlicher Ermittlungen.....	111
3.	Ermittlungsbefugnisse der nichtanwaltlichen Geschädigtenvertreter	112
4. Kapitel:	Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse	114
Zweiter Teil:	Beweisverbote nach privaten Beweisbeschaffungen des Geschädigten	119
1. Kapitel:	Private Beweisbeschaffung durch den Geschädigten.....	121
§ 1	Begriffsbestimmungen.....	121
I.	Der Begriff des „Geschädigten“.....	121
II.	Kriterien der „Privatheit“ strafprozessualer Ermittlungen und Beweisbeschaffungen.....	123
§ 2	„Private“ Ermittlungen in Abgrenzung zu Beteiligungen Privater an der staatlichen Strafverfolgung	124
I.	Verdeckte Privatermittlungen in Abgrenzung zu „Verdeckten Ermittlungen“ im Sinne des BVE und der §§ 110a -110e dStPO.....	124
II.	„Private“ Ermittlungen in Abgrenzung zum Einsatz von V-Leuten.....	126
III.	„Private“ Ermittlungen in Abgrenzung zu staatlichen Hörfällen mit Beteiligung Privater	128
1.	Ausforschung durch Privatpersonen in staatlichem Auftrag	128
2.	Staatliche Assistenz beim Ausforschungsvorgang	129

3. Ausforschungen in Haftzellen	131
2. Kapitel: Grundlagen der Beweisverbote	133
§ 1 Einführung	133
§ 2 Terminologiedivergenzen	135
I. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote	135
II. Zur Unterscheidbarkeit von Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverboten	138
III. Unselbständige und selbständige Verwertungsverbote	141
3. Kapitel: Meinungsstand zur Beweisverwertung nach illegaler privater Beweisbeschaffung	144
§ 1 Die Haltung der Rechtsprechung	144
I. Schweiz	144
1. Die bundesgerichtliche Praxis	144
a) Beweismitteldiebstahl	144
b) Strafrechtswidrige private Tonbandaufnahmen	144
2. Die kantonalgerichtliche Praxis	145
a) Strafrechtswidrige private Tonbandaufnahmen	145
b) Beweismitteldiebstahl	146
c) Strafflose Zeugenbeeinflussung	147
3. Zusammenfassung	147
4. Defizite der rechtlichen Legitimation der Verwertungsverbotsfolge	148
II. Deutschland	148
1. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts	149
a) Private Tonbandaufnahmen	149
aa) Erste Tonbandentscheidung des BGH (BGHSt 14, 358)	149
bb) Tonbandentscheidung des BVerfG (BVerfGE 34, 238)	151
cc) Zweite Tonbandentscheidung des BGH (BGHSt 36, 167)	153
b) Weitergabe eines Tagebuchs (BGHSt 19, 325)	154
2. Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	155
a) Aussageerpressung	155
b) Private Tonbandaufnahmen	155
3. Zusammenfassung	157
4. Defizite der rechtlichen Legitimation der Verwertungsverbotsfolge	158
a) Zur Rechtsprechung von BVerfG, BGH und BayObLG	158
b) Zur Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	160

III. Die Haltung des EGMR	161
1. Urteil SCHENK vs. Schweiz	161
2. Verwertungsverbote im Kontext des „fairen Verfahrens“ nach Art. 6 EMRK.....	163
a) Beschränkte Kognition des innerstaatlichen Beweisrechts.....	163
b) Zum Verbot der Verwertung des illegalen Beweises als „einziges Beweismittel“	164
§ 2 Das Meinungsspektrum in der Literatur im Überblick	166
I. Schweiz	166
II. Deutschland.....	167
4. Kapitel: Zur strafprozessualen Relevanz der illegalen privaten Beschaffungshandlung	170
§ 1 Strafrechtswidrige private Beweisbeschaffung als Sonderproblem der Beweisverbotsdogmatik	170
§ 2 Möglichkeiten und Grenzen einer Zurechnung der illegalen Beweisbeschaffung zum Staat.....	171
I. Zum Begriff rechtlicher Zurechnung	172
II. Absenz eines aktiven staatlichen Beitrags zur Beweisbeschaffung der Privatperson	174
1. Zurechnung bei staatlicher Beteiligung am Vorgehen der Privatperson	175
a) Staatliche Beauftragung, Weisung oder Steuerung.....	175
b) Staatliche Duldung privater Störungen und andere Grenzfälle.....	176
2. Die staatliche Beweismittelübernahme: ein untauglicher Zurechnungsgrund	177
a) Zur These staatlicher „Gefährdungshaftung“.....	178
b) Wertungsdivergenzen zwischen privatem Beschaffungsunrecht und staatlicher Beweismittelübernahme.....	179
c) Abgrenzung der Zurechnungskonzeption vom Einwand verbotener „Beweismittelhehlerei“ des Staates	180
III. Zurechnung infolge eines pflichtwidrigen legislativen Unterlassens?	182
1. Erfordernis einer Harmonisierung strafprozessualer und grundrechtlicher Zurechnungsdogmatik	183
2. Überbelastung grundrechtlicher Schutzpflichten bei der Konstruktion einer konkreten staatlichen Handlungspflicht.....	184
3. Auflösung der Unterscheidung zwischen privater Beeinträchtigung und staatlichem Eingriff	185

§ 3 Zur Privatrechtsbindung strafprozessualer Verwertungsverbote.....	186
I. Normative und kriminalpolitische Erwägungen	187
II. Analoge Anwendung des Strafprozessrechts bei privater Beweisbeschaffung?	188
§ 4 Zur Massgeblichkeit von Straftatbeständen für die strafprozessuale Beweisverwertbarkeit.....	190
I. Die „Einheitsthese“ im schweizerischen und deutschen Schrifttum	190
1. Zur Ableitung der Verwertbarkeit aus der Rechtmässigkeit der Beweisbeschaffung	192
2. Zur Ableitung eines Verwertungsverbots aus der Rechtswidrigkeit der Beweisbeschaffung.....	193
II. Zur These der „verbotenen Beweismittelhehlerei“	194
1. Wettlauf privater und staatlicher Ermittlungen	195
2. Unzulässige Unrechtsübertragungen vom materiellen ins prozessuale Recht	196
3. Vertiefung der Individualrechtsgutsverletzung durch den Verwertungsvorgang – Erfordernis der Einzelfallprüfung	197
4. Staatliche Ausnutzung der Individualrechtsverletzung – Erfordernis einer normativen Betrachtung	198
§ 5 Zur Relevanz des privaten Beschaffungsakts für verfassungsrechtliche Verwertungsverbote	199
I. Zur Ableitung eines Verwertungsverbots aus der Drittwirkung von Grundrechten	201
1. Die Grundrechtsbindung der Staatsgewalt	201
2. Ansätze zur Lösung der Drittwirkungsproblematik	203
a) Die Lehre der unmittelbaren Drittwirkung von Grundrechten	204
aa) Doppelfunktionales Grundrechtsverständnis als Ausgangspunkt der Drittwirkungslehren	204
bb) Einwände gegen eine unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte	205
b) Die Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG – ein Sonderfall?.....	208
aa) Zur Entstehungsgeschichte des Art. 1 Abs. 1 GG	209
bb) Die schutzrechtliche Dimension des Art. 1 Abs. 1 GG.....	211
c) Mittelbare Drittwirkung von Grundrechten.....	212
3. Konsequenzen für die Legitimation eines Verwertungsverbots im Strafprozess	214
a) Unmöglichkeit einer „privaten Grundrechtsverletzung“	214
b) Absenz eines einfachgesetzlichen Mediums für eine mittelbare Grundrechtswirkung.....	215

II.	Zur Ableitung eines Verwertungsverbots aus grundrechtlichen Schutzpflichten	216
1.	Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten.....	218
a)	Zur Wirkungsweise der staatlichen Schutzpflichten.....	218
b)	Grenzen staatlicher Schutzpflichten	220
2.	Konsequenzen für die Legitimation eines Verwertungsverbots im Strafprozess	222
a)	Schutzpflichtenaktivierende Gefahr strafrechtswidriger Privatermittlungen	222
b)	Rechtsfolgen der staatlichen Schutzpflicht.....	224
aa)	Behauptung generalpräventiver Schutzdefizite	225
bb)	Pflicht zur Gewährleistung eines „effektiven Schutzes“	226
cc)	Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der Legislative.....	228
dd)	Kontroll- und Vollzugsverpflichtung der Gerichte.....	229
III.	Selbständige Verwertungsverbote.....	230
1.	Mittelbare Relevanz des privaten Unrechts bei der Beweisbeschaffung	230
2.	Verwertungsverbot infolge absoluter Beweisuntauglichkeit des Beweismittels?	232
5. Kapitel:	Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse	234
Dritter Teil: Die Massgeblichkeit der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“		
239		
1. Kapitel:	Beweishypothesen im Kontext der Verwertungsverbote	241
§ 1	Die Inadäquanz genereller (Un-)Verwertbarkeit illegal privat beschaffter Beweise.....	241
§ 2	Terminologie des strafprozessualen Hypothesendenkens.....	242
§ 3	Anwendungsbereiche der Hypothesenbildung im Kontext der Beweisverbote.....	243
I.	Die Grundkonstellation rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung.....	244
II.	Sonderkonstellationen der Hypothesenbildung.....	245
III.	Zur Geltungsberechtigung der Hypothese in der Grundkonstellation.....	248
1.	Die Haltung der Rechtsprechung	248
2.	Das Meinungsspektrum in der Literatur im Überblick	249
2. Kapitel:	Prämissen der Hypothesenbildung nach illegaler privater Beweisbeschaffung.....	251
§ 1	Der staatliche Verwertungsakt als Ansatzpunkt der Verwertungsverbotsfolge	251

I.	Die Rechtmässigkeit der staatlichen Beweiserlangung	251
II.	Die Verwertungsverbotsfrage im Kontext der selbständigen Verwertungsverbote	252
III.	Die Legitimationsbedürftigkeit der Verwertungsverbotsfolge	254
§ 2	Funktion und Ansatzpunkt der Hypothesenbildung nach illegaler privater Beweisbeschaffung	256
I.	Die „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	257
II.	Gedankliche „Ergänzung“ einer zielgerichteten staatlichen Beweiserhebung	258
1.	Das Fehlen eines Ersetzungsobjekts bei der Hypothesenbildung	259
2.	Der Ansatzpunkt der Hypothese: Die Zufälligkeit der staatlichen Beweiserlangung	260
3. Kapitel:	Die Geltungsberechtigung der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	262
§ 1	Meinungsstand zur Hypothesenbildung nach illegaler privater Beweisbeschaffung	263
I.	Die Haltung der Rechtsprechung	263
1.	Deutschland	263
2.	Schweiz	264
a)	Berücksichtigung von Beweishypothesen nach illegaler privater Beweisbeschaffung	264
b)	Widersprüchliche Gleichbehandlung rechtswidriger privater und rechtswidriger staatlicher Beweisbeschaffung	266
II.	Das Meinungsspektrum in der Literatur im Überblick	266
§ 2	Zur Praxistauglichkeit von Beweishypothesen	267
§ 3	Unbeachtlichkeit von Beweishypothesen bei der Kausalitätsprüfung	270
§ 4	Der gesetzssystematische Rahmen der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	272
I.	Gesetzliche Unbeachtlichkeit von Hypothesen	272
1.	Gesetzliche Beweisverwertungsverbote	272
2.	Absolute Beschwerdegründe im Rechtsmittelverfahren	273
II.	Gesetzliche Beachtlichkeit von Hypothesen	275
1.	Zufallsfunde bei Hausdurchsuchungen	275
2.	Zufallsfunde bei staatlichen Überwachungsmassnahmen	276
III.	Abstrahierung der gesetzssystematischen Aussagen	277

§ 5 Parallelwertungen zur strafrechtlichen Zurechnungsdogmatik	278
I. Zur strafprozessualen Relevanz der strafrechtlichen „Hypothese des rechtmässigen Alternativverhaltens“	278
II. Beweishypothesen: ein Schritt ins Normative	280
§ 6 Der Geltungsgrund der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	281
I. Zum Geltungsgrund von Beweishypothesen bei staatlichen Zufallsfunden	282
II. Die „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“ als Korrektiv von Zufälligkeiten	284
III. Die objektiv-rechtliche Befehlskraft der Beweiserhebungsnormen.....	285
1. Gesetzwidrige staatliche Besserstellung durch die Zufälligkeit der Beweiserlangung.....	286
2. Verbindliche Fixierung des Beweisdispositivs durch die Gesamtheit der Beweiserhebungsnormen	287
3. Fazit zum Geltungsgrund der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	289
§ 7 Der Stellenwert der Hypothese bei der Konstituierung der Verwertungsverbotsfolge	290
4. Kapitel: Die Anforderungen an die Hypothesenbildung	293
§ 1 Das Bezugsobjekt der Hypothese	293
I. Überblick über den Meinungsstand	294
II. Zur gegenständlichen Identität der Beweisstücke	295
III. Das Beweisergebnis als Bezugsobjekt der Hypothese?	296
1. Austauschbarkeit der Beweismittel bei der Erlangung eines Beweisergebnisses	297
2. Unzulässigkeit des Beweismittelaustauschs bei der Hypothesenbildung	298
§ 2 Der Beurteilungsmassstab der Hypothese	300
I. Überblick über den Meinungsstand im Schrifttum	300
II. Beurteilungsmassstab der Rechtsprechung	301
1. Staatliche Beweisbeschaffung.....	301
2. Illegale private Beweisbeschaffung	302
III. Abstrakter Beurteilungsmassstab der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	303
1. Faktische Besonderheiten der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	304

2. Anpassung des Beurteilungsmassstabs an den Geltungsgrund der Hypothese	305
3. Bevorteilung des Staates gegenüber einer tatsächlichen staatlichen Beweiserhebung.....	306
4. Konkrete Bezugspunkte der „abstrakten Hypothese“.....	306
a) Grundsatz der zeitlichen Flexibilität der Hypothese	307
b) Einschränkungen der zeitlichen Flexibilität der Hypothese	308
5. Zur Problematik des strafprozessualen Beweismasses von Beweishypothesen	310
§ 3 Anwendungsbeispiele zur Hypothesenrelevanz.....	310
I. Hypothesenbildung nach illegalen privaten Tonbandaufnahmen.....	311
1. Gültigkeit des Katalogtaterfordernisses.....	312
2. Zur Einbeziehung zusätzlicher Eingriffsschranken	312
a) Subsidiaritätsgrundsatz und Tatverdachtserfordernis	312
b) Beachtlichkeit im Rahmen einer abstrakten Hypothesenbildung	313
c) Eingeschränkte Anwendbarkeit gesetzlicher Eingriffsvoraussetzungen	315
II. Hypothesenbildung nach „menschenrechtswidriger“ privater Beweisbeschaffung	317
1. Einbringbarkeit der Hypothese	317
2. Eingreifen der Verwertungsverbotsfolge.....	318
III. Hypothesenbildung nach Beweismitteldiebstahl	320
IV. Hypothesenbildung nach Erlangung eines Tagebuchs.....	321
1. Die spezifische Beschaffenheit des Beweismittels als Ansatzpunkt der Verwertungsverbotsfolge	321
2. Zur Bedeutung der Hypothese bei grundrechtlichen Verwertungsverboten.....	322
5. Kapitel: Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse	325
Schlussbetrachtung und Ausblick.....	331
§ 1 Gesamtbilanz der Untersuchung.....	331
I. Ermittlungen durch den Geschädigten im Strafprozess.....	331
II. Dogmatik der Beweisverbote nach illegalen privaten Beweisbeschaffungen	332
§ 2 Ausblick auf die Rechtslage de lege ferenda	333
I. Kodifikationsansätze im Rahmen der Schaffung einer Schweizerischen Strafprozessordnung	334
1. Art. 150 VE StPO	335
2. Ergebnisse der Vernehmlassung.....	335
3. Mangelhafte Rezeption der bisherigen Praxis	337

4.	Dogmatische Unstimmigkeiten des Kodifikationsversuchs	338
a)	Methodische Verknüpfung von Verwertungsverbotsfolge und privatem Beschaffungsunrecht.....	339
b)	Praktische und dogmatische Unzulänglichkeiten einer Anknüpfung an das private Beschaffungsunrecht.....	340
II.	Schlussfolgerungen für die Rechtslage de lege ferenda.....	341
1.	Erfordernis einer spezifischen Beweisverbotsdogmatik für strafrechtswidrige private Beweisbeschaffung	341
2.	Gesetzgeberische Leitlinien für die Beweisverbotsdogmatik	342
	Stichwortverzeichnis.....	345